

Das sollte die erste Sorge der Sowjetregierung sein, als sie vor der Frage der Aufhebung der Blockade und der Wiedereröffnung des Außenhandels stand. Sie hat sich tatsächlich mit dieser Frage beschäftigt, aber es erwies sich sofort, daß die rationelle Lösung dieser Aufgabe einen Verzicht auf die gesamte Wirtschaftspolitik des Bolschewismus im Inneren bedeuten würde. Es liegt deshalb der Standpunkt Krassin, der vom ersten Augenblick an erklärt hatte: wir haben den Ausländern nichts als den Goldvorrat und die Konzessionen für den Warenaustausch zu bieten.

Denn als nüchternen Politiker, der dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei nicht angehört, weiß Krassin sehr gut, daß die bolschewistische Diktatur eber alle möglichen Kompromisse mit dem imperialistischen und kapitalistischen Nachbarn schließen, als die utopischen Grundlagen ihrer wirtschaftlichen Politik preisgeben.

Die Erzeugung der Rohprodukte ist in Rußland nach der Revolution vollständig in die Hände der Kleinproduzenten, der Kleinbauern übergegangen. Selbst der größte Teil der vor der Revolution kapitalistisch bewirtschafteten Ländereien ist bekanntlich unter die Kleinbauern verteilt worden. Um aber den Kleinproduzenten zu zwingen, mehr zu leisten, als er für die Deckung seines und seiner Familie Unterhalt braucht, muß er für diesen Ueberschuß einen Entgelt bekommen. Gerade das aber verweigert ihm die wirtschaftliche Politik des Bolschewismus. Da der bolschewistische Staat dank der industriellen Rückständigkeit Rußlands nicht imstande war, den Bauern für die von ihnen gelieferten Erzeugnisse entsprechende Mengen von Industrieerzeugnissen zu bieten, kam er auf den ganz utopischen Gedanken, den Kleinbauern in einen förmlichen sozialistischen Staat zu verwandeln, der alles, was er erzeugt, nach Deckung seines persönlichen Bedarfs, dem Staate unentgeltlich überlassen muß. Denn die festen Preise, die der Staat dem Bauer für das requirierte Getreide zahlt, sind so gering (50-100 Rubel für 1 Pud = 16 Kilogramm), daß der Bauer sich oft weigert, dieses Geld für das ihm abgenommene Getreide anzunehmen.

Die Kommunisten glauben und sagen, daß der Kleinbauer nur dann, wenn er seinen Unternehmergewinn aus dem Ackerbau zieht, in das allgemeine kommunistische System eingegliedert werden könne. Nur dann könne der sozialistische Staat der objektiven Tendenz wirksam entgegenarbeiten, nach der sich der freie Kleinbauer vom Warenproduzenten allmählich in einen kleinen Kapitalisten („Kulak“) verwandelt.

Man sieht, wir haben es hier mit einer bewußten Politik zu tun, die, auf die schwachen Kräfte des Proletariats gestützt, das zu 80 Prozent aus Kleinbauern bestehende Volk auf direktem Wege zum Sozialismus führen will.

Das unmittelbare ökonomische Ergebnis dieser Politik ist aber, daß der russische Bauer den überhöhten Planquotienten, indem er allmählich seine Produktion so einschränkt, daß er überhaupt keinen „Ueberschuß“ für den sozialistischen Staat herauswirtschaftet. Aber wo nichts ist, hat der Kaiser kein Recht verloren. Lenin auch. Heute produziert der russische Bauer so wenig, daß die Sowjetregierung nur mit größter Mühe die Produkte herauspressen kann, die die rote Armee und die städtische Bevölkerung nur elend ernähren.

Nur ein Beispiel, um die Wirkung dieser Politik auf die Respektiven des russischen Außenhandels zu illustrieren. In Rußland ist immer viel Flachs gebaut worden, und nach dem Kriege hat sich auf dem Weltmarkt ein großer Flachsmangel bemerkbar gemacht. Die Ausfuhr von Flachs konnte Sowjetrußland bei den auf dem Weltmarkt herrschenden Preisen einen großen Ertrag bringen. Als aber die zuständigen Instanzen sich mit der Frage der Flachsausfuhr beschäftigten, mußten sie feststellen, daß die Anbaufläche des Flachs sich von Jahr zu Jahr so sehr verringert hatte, daß man bei der Ausfuhr nur mit ganz geringen Mengen von Flachs rechnen konnte. Und die Ursache dieses Rückganges? Sie lag darin, daß die Bauern den Flachs zu ganz geringen Preisen an den Staat abliefern mußten. Sie ziehen es deshalb vor, vom Flachs zum Getreideanbau überzugehen. Im Sommer dieses Jahres belief sich der feste Preis für ein Pud Flachs auf 500 Rubel, während der Preis auf dem Londoner Weltmarkt in russischer Valuta 50 000 Rubel betrug! Hätte die Sowjetregierung den Flachspreis nur auf 10 000 oder 20 000 Rubel erhöht, so hätte sie den Kleinbauern einen starken Anreiz zur Erweiterung der Anbaufläche gegeben und gleichzeitig selber auf dem Weltmarkt ein gutes Geschäft gemacht. Aber das hätte bedeutet, daß man von jener Politik abweicht, die die Kapitalanhäufung bei den Kleinbauern auf diese Weise zu verhindern glaubt. Man zieht es deshalb vor, den Rückgang der russischen Landwirtschaft vollkommen passiv mitanzusehen, oder man fordert, wenn man die Verzweifeltbeiten Sucharins, Ossinoffs und anderer „Inkongruenten“ Bolschewisten teilt, daß der Bauer vom Staate gezwungen werde, unter Androhung von Strafmaßnahmen eine bestimmte Bodenfläche anzubauen und eine bestimmte Menge von Erzeugnissen aller Art abzuliefern.

Die praktische Unmöglichkeit der Durchführung einer solchen Reglementierung der atomisierten Bauernarbeit läßt aber der Sowjetregierung, wenn sie die Grundlagen ihrer wirtschaftlichen Politik nicht antasten will, keinen anderen Ausweg, als das ganze Problem der internationalen Handelsbeziehungen ausschließlich durch die Vergebung des Goldvorrats und durch Uebergabe der Bodenkonzessionen an die ausländischen Kapitalisten zu lösen. Nicht auf dem von den Fesseln des Feudalismus befreiten Bauernhof, sondern auf den an die ausländischen kapitalistischen Gesellschaften verpachteten Ländereien sollen jene Produkte erzeugt werden, die im ausländischen Warenaustausch als Entgelt für die eingeführten Produktionsmittel dienen sollen, und zwar zum großen Schaden für die russische Volkswirtschaft. (Ein Schlußartikel folgt.)

Der Mord von Mechterstädt

Ein bürgerliches Urteil über den Freispruch

In der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 908) wird scharfe Kritik an dem Urteil der Kasseler Geschworenen geübt. Das Blatt weist darauf hin, daß das Drama von Mechterstädt keine das Rechtsgefühl befriedigende Lösung gefunden hat, trotz der um nichts verminderten schweren Belastungen. Der Freispruch der Geschworenen wird nicht mit Unrecht auf das merkwürdige Verhalten des Staatsanwalts zurückgeführt, der in seiner Schlussrede alles zusammentrug, was die Zeitfreiwilligen entlastete, während er die Belastungen der Aussagen abschwächte oder gar nicht berührte. Natürlich war für das Urteil auch die Zusammenfassung der Geschworenen dank ausschlaggebend. Aber der Staatsanwalt des Schwurgerichts unterschied sich in nichts von dem Anklagevertreter des Kriegesgerichts in Marburg. Beide hielten eine Verteidigungsrede.

Die „Frankfurter Zeitung“ verpflückt dann die eigenartige Konstruktion des Staatsanwalts. Sie hebt hervor, daß die

Erschossenen keine gefährlichen Leute waren und auf Grund von beweislosen Denunziationen verhaftet worden sind. Aber selbst, wenn die Verhafteten gefährliche Menschen gewesen wären, hätten die Zeitfreiwilligen nicht von dem Gebot der Menschlichkeit und Gerechtigkeit abzuweichen dürfen. „Dass sie das getan haben, ist durch die unanfechtbaren Befundungen über die scheußlichen Rohheiten gegen die Gefangenen, über die Beschimpfungen und Quälereien, die sie gegen die Wehrlosen verübten, zweifelsfrei erwiesen worden. Hält man damit zusammen die direkten Drohungen, Anschuldigungen wie „die Gefangenen sind erledigt“, den verhängnisvollen Befehl, bei Fluchtversuch sofort zu schießen, die Weisung von der Schaffung eines Rechtsgrundes, die Befundungen über die Verurteilung der Gefangenen von der Strafe abzurufen, die auf die Absicht schließen ließen, einen Fluchtversuch zu konstruieren, so sind das so außerordentlich gravierende Belastungen, daß man das Plaidoyer des Staatsanwalts für ein plattes Unschuldig schwer verstehen kann.“ Das Blatt fährt dann fort:

Der Staatsanwalt ist zu diesem Ergebnis auch nur dadurch gekommen, daß er die Aussagen der Belastungszeugen nicht gelten ließ. Er hätte sich nämlich, direkt von einer Unschuldigkeit dieser Zeugen zu sprechen, sondern sprach nur von einem „Irrtum“. Ein merkwürdiger Irrtum von Zeugen, die ganz bestimmte Aussagen über eigene Erlebnisse gemacht haben. Einer von diesen, der ganz unschuldig verhaftet wurde, war ursprünglich zu einem anderen Transport gehörig, wobei den Willen des bisherigen Transportführers der Abteilung Göbbel übergeben worden und ist nach seiner Anklage selber in Gefahr gewesen, nach dem gleichen Rezept erledigt zu werden, da auch er von der Strafe nach dem Chausseegraben zu abgedrängt worden war, und die anderen gaben Anschuldigungen von Zeitfreiwilligen wieder, nach denen dieses Abdrängen mit dem Zweck des nachherigen Erschießens planmäßig geschehen sollte. Wie kann man solche Aussagen als auf Irrtum beruhend einfach bei Seite schießen, und wie darf ein Staatsanwalt es wagen, diese Zeugen mit der Bemerkung herabzuwürdigen, sie hätten ein Interesse, die Genossen zu rächen? Damit hat er indirekt die Begehung des Mordes ausgesprochen, eine Begehung, für die er auch nicht die Spur eines Nachlasspunktes beibringen konnte. Denn es ist einfach nicht richtig, daß die Entlastungsansagen durch nichts widerlegt worden seien, dagegen die Aussagen der Hauptbelastungszeugen in Zweifel gezogen werden müssen. Gerade umgekehrt sind die Aussagen der Hauptbelastungszeugen durch zahlreiche Umstände verhärtet worden, auch durch Befundungen ganz Unbestimmter, so der vernommenen Telegraphenarbeiter, die auch die Behauptung des Staatsanwalts, daß bei dem herrschenden Mord nur auf 20 bis 30 Schritte zu gehen war, widerlegen, vor allem aber durch die Lage der Beiden selbst, die es kaum glaublich erscheinen läßt, daß es sich um die Erschießung Hühnerhand handelt hat. Es ist durchaus kein Beweis für einen wirklichen Fluchtversuch erbracht worden. Im Gegenteil sprechen sehr ernsthafte Gründe dagegen, einmal weil dieser Versuch ganz ausnahmslos gewesen wäre, vor allem aber weil es undenkbar erscheint, daß dank alle idyllisch und so schnell getroffen worden wären, daß sie fast nebeneinander hinfelen. Und dazu kommt das Verhalten der Begleitmannschaft, die eifrig weiterzog, ohne sich um die Geleiteten zu kümmern, ohne sofort Meldung zu erstatten und den Tatbestand festzustellen, was man doch als etwas ganz Selbstverständliches hätte erwarten können.

Diese Ausführungen treffen durchaus den Kern der Sache. Wir glauben nicht, daß irgend ein Staatsanwalt oder ein Geschworener einen Freispruch konstruiert hätte, wenn bei derartigen schweren Belastungsgründen Arbeiter unter Anklage gestanden hätten. Wir wagen sogar daran zu zweifeln, ob Arbeiter freigesprochen worden wären, wenn sie gefangene Kappleute transportiert hätten und wenn diese tatsächlich geflohen und dabei erschossen worden wären. Der Freispruch von Kassel ist für alle rechtlich Denkenden der Todespruch für die bürgerliche Justiz. Wir verzeichnen die Tatsache, daß jedes Vergehen, auch das kleinste, von Arbeitern nach der Revolution begangen, schnell und mit der ganzen Strenge bürgerlicher Gesetze gesühnt wurde. Die Verbrechen und Gräuelt der Gegenrevolution bleiben straflos, so schwerwiegend und einwandfrei die Beweismomente auch vorliegen. Der Jubelschrei der Deutschen Zeitung: „Es gibt noch Richter in Deutschland!“ ist in jeder Beziehung gerechtfertigt.

Und noch eines! Es liegt System in dieser Art „Rechtspflege“. Wenn den Marburger Studenten die Ermordung der 15 unschuldigen Arbeiter aus Bad Thal vor einem bürgerlichen Gericht nicht bewiesen werden konnte oder sollte, so konnte weder das bürgerliche Gericht noch vorher das Kriegesgericht die Tatsache verschleiern, daß die Marburger Studenten feige, ehrlos und gemein mit den Gefangenen umgesprungen sind. Das ist gerichtsnotorisch. Was geschieht gegen die Studenten wegen dieser erwiesenen Vergehen? Schon das Kriegesgericht in Marburg hatte ein Strafverfahren angekündigt. Geschehen ist nichts! Der Staatsanwalt in Kassel wiederholte die Unbilligkeit. Geschehen wird nichts, was wenigstens in dieser Angelegenheit einer Sühne ähnlich sehen könnte.

Es gibt eben noch Richter in Deutschland!

Die Betriebsräte im Urteil der Unternehmer

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ in Essen gibt in Nr. 272 das Ergebnis einer Unterredung wieder, die einer ihrer Mitarbeiter mit einer führenden Persönlichkeit der Großindustrie gehabt hat. Wir entnehmen daraus:

„Eine bedeutsame Aufgabe haben die Betriebsräte zu erfüllen. Die Erfahrungen, die man mit dieser Einrichtung auf den Werken gemacht hat, berechtigen zu den besten Hoffnungen. Viele Verwaltungen haben es offen ausgesprochen, daß sie die Betriebsräte nicht mehr missen möchten. Die Mitglieder dieser Stellen sind sich im allgemeinen ihrer Verantwortung wohl bewußt und bilden ein wertvolles Bindeglied zwischen Arbeiterschaft und Verwaltung. Die großen Unkosten, die dem Wert daraus erwachsen, daß die Betriebsratsmitglieder für ihre eigentliche berufliche Tätigkeit kaum noch in Betracht kommen, machen sich auf andere Weise bezahlt. Da es den Verwaltungen nicht möglich ist, an den langen Beratungen der Betriebsräte immer selbst teilzunehmen, ist man bestrebt, geeignete, volkswirtschaftlich gebildete Kräfte heranzuziehen, die wiederum zwischen Betriebsrat und Verwaltung die Verbindung herzustellen sollen.

Man soll sich daher durch die Äußerungen der radikalen Kräfte über die Unzulänglichkeit der Arbeiter nicht betören lassen. Es ist festzustellen, daß diese Unzulänglichkeit ganz erheblich nachgelassen hat. Die Arbeit in der Industrie nimmt im allgemeinen einen geregelten Verlauf und ein großer Teil der vorgekommenen Streiks geht ohne das Dazwischentreten der Verwaltung durch die Betriebsräte zur Zufriedenheit beider Teile erledigt. Man ist in der Industrie bereit, dem geforderten Mitbestimmungsrecht der Arbeiter dadurch Rechnung zu tragen, daß man geeignete Persönlichkeiten aus den Betriebsräten auf Grund der Ausgabe von Kleinaktien in den Aufsichtsrat übernimmt. Man zweifelt nicht daran, daß man mit dieser Vertretung zufriedenstellend weiter arbeiten können.“

Diese Ausführungen beanspruchen aus vielerlei Gründen das größte Interesse. Gegen die Einführung der Betriebsräte haben sich die Arbeitgeber und besonders die Bergwerksunternehmer mit Händen und Füßen gestraut. Hartnäckige Kämpfe haben die Bergarbeiter darum bestehen müssen. Als Kräfte wurde damals gegen die Betriebsräte ins Feld geführt. Der Ruin und Verfall unseres Wirtschaftslebens war nach Meinung der Unternehmer so gut wie sicher. Und heute — möchten sie die Betriebsräte nicht missen. „Die Mitglieder dieser Stellen sind sich ihrer Verantwortung wohl bewußt“, schreibt die „Bergwerks-Zeitung“. Das ist von uns schon immer behauptet und nur von den Unternehmern vor Einführung der Betriebsräte ganz entschieden bestritten worden.

Aber die überraschenden Sympathien gewisser Unternehmer — und nicht der dümmsten unter ihnen — für die Betriebsräte, hat auch noch andere Gründe, und sie erweckt Gedanken, die im Interesse der Arbeiterschaft nicht unangebracht bleiben dürfen. Unzweifelhaft ist zu erkennen, daß die Liebe zu den Betriebsräten darauf zurückzuführen ist, daß sich zahlreiche Betriebsräte noch immer allzuleicht einfinden und für den dreimal heiligen „Betriebszweck“ vom Unternehmer mißbrauchen lassen. Da liegt eine Gefahr, der von den Gewerkschaften entgegengetreten werden muß durch beständige Aufklärung über ihre Pflichten. Die Mitglieder der Unternehmer werden auch daraus erkennbar, daß sie dem geforderten Mitbestimmungsrecht dadurch Rechnung tragen wollen, indem geeignete Persönlichkeiten aus den Betriebsräten als Vertreter der Klein-Aktionäre in den Aufsichtsrat übernommen werden sollen. Man setzt den Betriebsräten eine Lockspeise vor. Das darf keinen Erfolg haben. Gerade, weil die Betriebsräte sich der Verantwortung gegenüber ihren Wählern und der Allgemeinheit wohl bewußt sind, müssen sie das tun, was ihnen dieses Verantwortungsgesühl vorschreibt, nämlich für den Sozialismus wirken.

Abgesehen von diesem gefährlichen Hintergedanken beweisen uns die Ausführungen der „führenden Persönlichkeit der Großindustrie“, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Mögen die Unternehmer den Ruin unserer Wirtschaft als Folge der Sozialisierung noch so oft an die Wand malen, wir behaupten, und die bisherige Entwicklung gibt uns auch das Recht dazu, daß im sozialisierten Bergbau nicht nur die Betriebsräte, sondern sämtliche Arbeitnehmer sich ihrer Verantwortung wohl bewußt sein werden. Deshalb kann die Sozialisierung nicht zum Schaden, sondern nur zum Nutzen der Allgemeinheit ausfallen.

Schaumschlägereien

In Wien ist ein Streik der Gastwirtsgehilfen ausgebrochen. Die Streikenden zeigen die feste Entschlossenheit, ihre Forderungen restlos durchzusetzen und den Streik auf alle Betriebe selbst auf die Krieger- und Gemeindefestlichkeiten auszudehnen. Die Angestellten wollen, falls der Streik sich ausdehnt, zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung die Betriebe selbst weiter führen. So wird aus Wien gemeldet.

Dieser Vorgang ist gewiß nicht von weltbewegender Bedeutung. Es handelt sich um einen Lohnstreik und noch dazu um den einer erst seit kurzem organisierten und gewerkschaftlich sehr wenig disziplinierten Gruppe. Die Weiterführung der Betriebe, von der in der Werbung die Rede ist, ist etwa den Versuch gleichgültigen die vor einiger Zeit die Berliner Friseurgehilfen machte, indem sie bei Gelegenheit ihres letzten Streiks in einigen Gegenden der Stadt eigene Friseurstuben einrichteten. In dieser Hinsicht nahm der Berliner Friseur und an ihrem Erfolg also wird die gewöhnliche Berlinerische die Bedeutung der Lohnbewegung der Wiener Gastwirtsgehilfen messen können.

Die „Internationale“ aber steht in dem Wiener Kaffee- und Küchenstreik eine bedeutsame Etappe der Weltrevolution. Die Weiterführung der Betriebe imponiert diesem Machtwort. Sie sehen diesen Vorgang in Vergleich mit der Bewegung der italienischen Metallarbeiter vor einiger Zeit, bei der ebenfalls die Belegung der Betriebe durch die Arbeiter eine Rolle spielte. Die „Internationale“ sieht in dieser Praxis eine neue Waffe im sozialen Kampf, die bei den italienischen Fabrikbesetzungen zum ersten Male „praktiziert“ worden ist. Die Wiener Gastwirtsbetriebe würden dadurch zweifellos „Gewinnbringend der Massenampferlichen Arbeiterkraft“ werden.

Die Erklärung dieser Wortverwendungen wollen wir den Lesern der „Internationale“ überlassen. Zur Urteilsbildung aber über diese neue Waffe, die nach der „Internationale“ bald zum eisernen Bestand des sozialen Kampfes gehören wird, erinnern wir an die Ausführungen von Serrati über die Fabrikbesetzungen der italienischen Metallarbeiter. Serrati, bekannt als Anhänger der 2. Internationale, schrieb in einem Brief an Lenin darüber, daß die Fabrikbesetzungen von dem von „Reformisten“ geleiteten Metallarbeiterverband beschlossen worden seien. Der italienische Regierung erschien die Sache so wenig umstürzlerisch, daß sie nicht einmal einen Versuch zur Unterdrückung gemacht hat. Als in den die Parteilosigkeit vorschlug, den Dingen eine revolutionäre Entwicklung zu geben, da waren es nicht nur die Leiter des Gewerkschaftsbundes, sondern als erste die Vertreter der vorwiegend kommunistischen Arbeiter von Turin, die von einem solchen Versuch abrieten. Serrati schreibt darüber:

„Man kann daher die Fabrikbesetzungen nicht als Beweis dafür ansehen, daß eine revolutionäre Erhebung im Gange war, denn eine solche Erhebung lag nicht vor, es war vielmehr nur eine breite und tiefe gewerkschaftliche Bewegung, die, von sozialistischen Zwischenfällen abgesehen, ganz friedlich verläuft.“

Also erstens ist diese neue Waffe im sozialen Kampf nicht von sogenannten „Reformisten“, d. h. von Anhängern der 2. Internationale erfunden worden. Welche Blamage für ordentliche Kommunisten, daß sie in blinder Unkenntnis der Dinge auf so etwas hineinfallen und die Parolen „gelber“ Amsterdamer zu betreiben machen. Dann ist diese neue Waffe aber sogleich bei ihrer ersten „Praktizierung“, um im Deutsch der „Internationale“ zu reden, kumpf geworden. Schadet nichts! Die Wiener Kellner werden sie wieder schärfen und blank putzen.

Aber, um ernsthaft von diesem Unsinn zu reden, mit so elenden, gebankenarmen Schaumschlägereien werden Berliner Arbeiter gefüttert. In ihrer eigenen Armut und Untätigkeit müssen die Kommunisten Weltrevolution vortäuschen, wo ein kleiner Lohnstreik einige Tausend Arbeiter für einige Tage in Bewegung hält.

Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten trat am Freitag unserer Partei am Montag im Sitzungssaal des Auswärtigen Amtes zusammen. Gegenstände der Besprechung waren die diplomatische Behandlung der Einwohnerwehr und die Brüsseler Konferenz. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Das Verhältnis des Auswärtigen Ausschusses zum Auswärtigen Amt und die stärkere und regelmäßige Heranziehung des Ausschusses zur Kontrolle der auswärtigen Geschäfte werden in einer Sitzung erörtert werden, die am 17. Januar 1921 stattfinden soll. Der Ausschuss erledigte ferner eine größere Anzahl von Briefschaften. Die Beratungen waren vertraulich.

Groß-Berlin

Aus der Stundachronik von Groß-Berlin

Unter dem Verdacht schwerer fälschlicher Verfehlungen sind der dreißig Jahre alte Ingenieur und Motorenfabrikant Ewald...

Die Vorgänge, um die es sich dabei handelt, spielen seit Wochen von der Pierzehn-Zimmer-Wohnung des Ehepaars Franz...

Das Ehepaar hatte junge Mädchen aus besten Familien entweder gemeinsam oder auch allein kennen zu lernen gesucht...

Die Polizei verhaftete zunächst den Ingenieur, später auch seine...

Verbands-Bildungskommissionen

Am Dienstag, den 20. Dezember, abends 7 Uhr, findet in der...

Verwaltungsbezirk 1 (Mitte). Mittwoch, 6 1/2 Uhr, pünktlich,...

Bezirk 3 (Wedding). Bezirksverordneten, Stadtverordnete! Mittwoch, 22. Dezember, abends 6 Uhr, in der Schule, Plankstr. 47...

Die Stellung der Kommunisten zur Wahl des Oberbürgermeisters ist eine sehr zwiespältige. Sie erklären, dem von unseiner...

in den Händen der kapitalistischen Gesellschaft. Wie man sich doch in den Köpfen dieser Kommunisten die Welt! Ein Sozialist...

Vom Gas- und Stromnetz abgetrennt. Wegen Ueberföhrung (Nachtrieb) der zur Einschränkung des Elektrizitäts- und Gasverbrauches...

Kohlenkarten für Untermieter. Von Untermietern (Mietern von möblierten Zimmern) wird beim Kohlenamt Berlin darüber...

Der grüne Graben. Einer der schwierigsten Teile der Bauarbeiten an der Untergrundbahn Nord-Süd wird jetzt in Angriff...

Die Schuhvorrichtungen an den Berliner Straßenbahnwagen, deren Instandhaltung während des Krieges aus Mangel an...

die Jangvorrichtung gleichmäßig gegen die Schienen gedrückt wird und das Hindernis ausgeglichen wird.

Eifersüchtigt eines Polizeioffiziers. Vor dem Hause Kaiser-Allee 131 in Friedenau spielte sich am gestrigen Montag mittag...

Unter Verdacht festgenommen. Unter dem Verdacht, an der Mordjagd Schulz in der Alexandrinen-Strasse beteiligt gewesen...

Raubüberfall. Der 44 jährige Maler Max D. und der 36 jährige Gepädträger Adolf Sch. überfielen den Bureauvorsteher Max...

Gasvergiftung einer fünfköpfigen Familie. Der Arbeiter Karl Gluth, seine Ehefrau und deren drei Kinder wurden gestern...

Ein ähnlicher Fall ereignete sich im Hause Gartenstraße 114. Hier wurden der Rentienempfänger Blach und seine Frau...

Ein Kartoffelschwinder treibt seit einiger Zeit in Berlin und neuerdings besonders in den Vororten sein Unwesen. Er hat es...

Einen wertvollen Silberfund machten Kriminalbeamte, die nach gestohlenen Teppichen suchten. Als sie zu diesem Zweck auch...

Jugendweihen in Groß-Berlin. Für alle die zur Entlassung kommenden Schulkinder, deren Eltern keiner Religionsgemeinschaft...

Der 17. Bezirk veranstaltet am 22. Dezember, 5 Uhr, in der Schule Luisenstrasse für die Kinder der Genossen eine Weihnachtsfeier...

Tegel. Eltern, deren Kinder an der Jugendweihen teilnehmen sollen, können sich melden beim Genossen Franz Krumm...

Ismer

Erzählung von Julius Pevin

(1. Fortsetzung)

Er ging des Morgens in seine Tischlerwerkstätte, die ziemlich weit von seiner Wohnung lag. Gewiß wäre es ihm schon...

„Na meinetwegen,“ hatte sie gesagt. „Unbequem ist es ja nicht, wenn du sorgfältig und anderwärts Arbeit kriegst, ist es...

„Aber das Vergnügen über die Schlaueit hiebt nicht stand. Ismer versiel oft in trübes Nachdenken, das den Kameraden nicht entging und ihm häufig Hänseleien eintrug, die...

„So'n aller Döffe bin ich denn doch nicht, daß ich ihr das soll merken lassen,“ sagte er sich dann mit einem schlauen Zuckeln...

„Aber, ihr Verhältnis“ hätte Emilie auch treffen können, wenn er mit ihr nach der Markuststraße verzogen wäre, an...

sehr viel herausbekommen hatte er dabei auch nicht. Und obwohl er eigentlich jetzt so wenig wußte wie damals, als...

So hatte Ismer sich gegückt und schließlich in sein Schicksal ergeben, das ihm noch nicht einmal zweifellos und tatsächlich...

Dann und wann nannte er sich auch so oder so ähnlich, aber selbst wenn er sich ausschalt, war er doch nicht ganz überzeugt...

„So'n aller Döffe bin ich denn doch nicht, daß ich ihr das soll merken lassen,“ sagte er sich dann mit einem schlauen Zuckeln...

„Aber das Vergnügen über die Schlaueit hiebt nicht stand. Ismer versiel oft in trübes Nachdenken, das den Kameraden nicht entging und ihm häufig Hänseleien eintrug, die...

„So'n aller Döffe bin ich denn doch nicht, daß ich ihr das soll merken lassen,“ sagte er sich dann mit einem schlauen Zuckeln...

„Aber, ihr Verhältnis“ hätte Emilie auch treffen können, wenn er mit ihr nach der Markuststraße verzogen wäre, an...

seitdem das Verhältnis ein bißchen mehr Zug in die Sache gebracht hatte. Ismer, der es unpassend fand, daß seine Schwägerin...

Eines Abends, als er sich gar nicht zu helfen wußte, hatte er sich endlich ein Herz gefaßt und Emilie ganz geradegu aufs...

Als sie ihm in gewohnter Weise entgegenkam, war er ihrem Kusse ausgewichen und, ohne den Rock auszustreifen, mit der Frage herausgebrochen: „Wo bist du heute gewesen?“

„Nirgend!“ antwortete Emilie mit einem halb neugierigen, halb ironischen Blicke in seine lauernden Augen hinein.

Emilie hatte erst einen kurzen Moment des Staunens gehabt und war dann in ein fürchtbares Geseul ausgebrochen, das Ismer zuerst einen hohen Begriff von seiner Energie...

Er hatte Emilie noch wach gefunden, und als er in einer durch den Rausch doppelt täppischen Art sich ihr zu nähern versuchte, hatte sie ihm einen kräftigen Stoß versetzt, der ihn...

(Fortsetzung folgt.)

